

Wirtschaftsfaschismus

Michael von Prollius

WIRTSCHAFTSFASCHISMUS

Extremer Etatismus in Aktion

Michael von Prollius ist Publizist und Gründer von *Forum Freie Gesellschaft*, einer Internetplattform, die für eine Ordnung der Freiheit wirbt. In der edition g. liegt von ihm sein *Liberales Manifest* und seine Essaysammlung *Attack Titans: Mut zur Freiheit* vor. Gemeinsam mit Stefan Blankertz verfasste er den Diskussionsband *Bakunin und Mises in eine Front!? Die Vincent-Sessions*.

edition g. 131

INHALT

Einführung: Problemskizze	7
Sozialismus <i>redivivus</i> ? [8] Staat versus Bürger [11] Extreme analysieren [12] Disclaimer [14] Affirmative Action [14]	

I. Begriffsklärungen	17
-----------------------------	----

II. Systemwechsel: Leben in der post-neoliberalen Zeit	25
Neoliberale soziale Marktwirtschaft [26] Tabubrüche in der Geldpolitik [29] Produktivitätsproblematik [31] Post-Neoliberalismus [33] Neo-Feudalismus [34]	

III. Fallstudie Faschismus	37
Krise als Ursprung [37] Faschistische Ideen [38] Stationen der Eroberung [41] Merkmale des italienischen extremen Etatismus [43] Organisierte Wirtschaft [44] Quintessenz faschistischer Wirtschaftsweise [50] Die Idee korporativer Wirtschaft [51] Abschließende Bemerkungen [54]	

IV. Fallstudie Nationalsozialismus	57
<i>Vorbemerkungen</i>	57
Herrschaft über Wirtschaft [57] Totalitäre Ansprüche [59] Untersuchungsschwerpunkt [60]	

<i>Transformation der Wirtschaftsordnung durch nationalsozialistische Organisation</i>	61
--	----

Die «Kultur des Krieges» als Leitidee nationalsozialistischer Wehrwirtschaft [61] Die Pervertierung des Rechts und der Rolle der Unternehmen [66] Wie organisierte das Regime die Lenkung der Kriegswirtschaft? [71] Wie verhielten sich Unternehmen u. a. Akteure? [75] Zentralisierung und Hierarchisierung: «beherrschbare Organisationen» schaffen [79] Machtkämpfe als Koordinationsprinzip [83]

<i>Behörden: Bükratien als Transformationsriemen</i>	89
<i>Organisation, nicht Planung, als Steuerungsmittel der Nationalsozialisten</i>	92

ORIGINALAUSGABE

edition g. 131

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand, Norderstedt

© 2024 Michael von Prollius

Umschlag und Satz: Stefan Blankertz
editionpunkt.de

Das Cover zeigt einen Ausschnitt der Skulptur

Forme uniche della continuità nello spazio

von Umberto Boccioni, 1913,

Abguss des Met 1950, Open Access

ISBN 978-3-7583-3094-0

<i>Die Vermachtung des Geldwesens</i>	95
<i>Zwischenfazit:</i>	
<i>Das Scheitern des «nationalen Sozialismus»</i>	102
NS-Wirtschaft als etwas Drittes [103]	
<i>Deutung der Wirtschaftsordnung</i>	106
Die Koordination der Wirtschaft [109] Zeitgenössische Einschätzungen [114] Links und rechts und etatistisch [117]	
V. Lehren aus den extremen Etatismen	123
VI. Sozialismus? Bürokratischer Etatismus?	129
<i>Sozialistische Planwirtschaft – Zentrale Verwaltungswirtschaft</i>	132
Stahlproduktion am Beispiel der Sowjetunion [135] Interventionismus ist kein Sozialismus [138]	
VII. Herrschaft von Bürokratie und Experten	143
Die Technostruktur zunehmend geplanter Wirtschaft [144] Eine Technostruktur demokratisch-bürokratischer Gesellschaften [145] Nomenklatura [148] Herrschaft der Bürokratie [150] Paragraphenrausch [153] Vollständige Verstaatlichung [155] Hierarchie statt Harmonie: das bürokratische Handeln der Nomenklatura [157] Der Hofstaat [160] Fatale Folgen [164]	
VIII. Konsequente Zeitenwende	169
Perspektivwechsel auf Politik [172] Mahnung [176] Wirtschaftsfaschismus [183] Extrem stark oder schwach? [185]	
IX. Nachwort: Ausblick und Alternativen	191
Links	195
Personenregister	199
Stichworte	203

Faschismus – Sozialismus – Nationalsozialismus. Drei Beispiele für extremen Etatismus. Politik und Staat über alles, besonders über jeden einzelnen Menschen. Dabei sind die Kollektivgrößen Politik und Staat nur Etiketten für die Herrschaft einer Minderheit, die ein Netzwerk bildet, das über die Mehrheit herrscht, vielfach mit deren Duldung und mitunter auch deren Zustimmung, zuweilen getragen von einer ideologisch befeuerten Massenhysterie mit politisch-religiösem Ausmaß: Nationalismus, Imperialismus, Rassismus, Militarismus und Theokratie. Für Andersdenkende bleibt kein Raum. Widerstand ist regelmäßig zwecklos.

Aus liberaler und aus bürgerlicher Perspektive wird der Staat beim extremen Etatismus zur Beute. Als Instrument zur Verfolgung von Sonderinteressen steht er dann nicht über den Interessen, sondern dient dem Regime. Die Angehörigen des Staatsapparats sind nicht neutrale Wächter von Recht und Ordnung – ein bereits in normalen Zeiten unrealistisches Ideal angesichts von Machtstreben, Eigeninteressen und Stellvertretungsproblemen. Vielmehr werden selektive Interessen überhöht, zum dominierenden, singulären Staatszweck, und die Bürger haben sich dem ohne Wenn und Aber unterzuordnen. Aus anarchistischer Perspektive ist das Gewaltmonopol *per se* das Problem. Demokratische Sozialisten würden vielleicht die mangelnde demokratische Kontrolle und die unerreichte Gleichheit beklagen.

Extremer Etatismus war historisch stets mit viel Leid und Elend verbunden. Krieg, Unterdrückung, Verfolgung Andersdenkender, Raub von Freiheit und Eigentum gehören dazu. Viele Millionen verloren ihr Leben. Die Staats-

gewalt offenbart sich dann als die größte, umfassendste und tödlichste, die möglich ist. Die nachfolgenden Überlegungen können in dieser Sicht als mahnende Erinnerung mit einem sorgenvollen Blick auf zukünftige Entwicklungen verstanden werden. Im Mittelpunkt stehen Umriss einer politikökonomischen Faschismustheorie.

Einen konkreten Anlass braucht es nicht, wenn auch eine Bedrohung mit dem öffentlich diskutierten Rechtsruck in Deutschland und einigen europäischen Staaten auf der Tagesordnung steht. Hinzu kommt von links die Debatte über das vermeintliche Erfolgsmodell autoritärer Staatsformen, ferner die Tendenz für Herausforderungen primär und noch mehr den Staat und das Regierungshandeln als Lösungen zu betrachten. Die Rückkehr des Krieges nach Europa zusammen mit einer jahrzehntewährenden Ausdehnung der Staatsapparate und ihrer Zuständigkeiten in Deutschland, Europa und dem Westen sowie die Auslandseinsätze seit 9/11 erscheinen relevant. Politische Gruppen treiben weitreichende Transformationspläne voran. Big Government ist zurück. Wo bleibt der Bürger?

Zurück sind auch Extreme. Krieg. Pandemie. Globale Rivalitäten. Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einer Zwischen- oder Umbruchphase, die als Polykrise die Politik zu überfordern scheint. Zugleich wird diese vielfach als ein Verursacher von Problemen gesehen. Ein Vortrag von Hans-Werner Sinn in Luzern im September 2023 trägt den Titel «Der Extremismus in der Energiepolitik am Beispiel Deutschlands und der EU».

Sozialismus redivivus?

Kritiker der Entwicklungen verwenden vielfach den Begriff Sozialismus, um die Missstände zu bezeichnen. Publizistisch bündelt der Begriff Sozialismus die mehr oder minder

fundierte Bezeichnung von Missständen und Fehlentwicklungen, die auf eine staatliche Steuerung zurückgeführt werden.

Die als Gegner einer freien Gesellschaft ausgemachten Verfechter einer staatlich gelenkten Wirtschaft und Gesellschaft, etwa Befürworter des New Green Deal und der sogenannten Energiewende, sehen sich eben diesem Vorwurf ausgesetzt, nämlich Sozialisten zu sein, eine sozialistische Politik zu betreiben, den Sozialismus wieder einführen zu wollen. «Wurde im Sowjetsozialismus individuelle Freiheit durch staatliche Gewalt brutal unterdrückt, geht ihr im bürokratischen Sozialismus der EU durch staatlichen Paternalismus einfach die Luft aus»,¹ diagnostiziert Thomas Mayer.

Das wirft die Frage auf: Bezeichnet Sozialismus die erkannten Fehlentwicklungen treffend? Was spricht dafür, was dagegen? Wer mit Blick auf die DDR und den real existierenden Sozialismus skeptisch ist, der kann sich auf die Suche nach einer anderen etatistischen, autoritären Weltanschauung und Praxis machen. Was wäre, wenn die Merkmale der Vorwürfe weniger auf den Sozialismus zutreffen würden und mehr auf den Faschismus?

Selten wurde die Gefahr von «rechts» prominenter plakatiert und medial kommuniziert als heute – vor allem von links. Es wäre ein Treppenwitz, ein böser, wenn diejenigen, die demonstrativ Wert auf Antifaschismus legen, sich selbst als entfernte Verwandte sehen müssten.

Ein autoritäres Regime auf deutschem Boden war der Staat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die DDR. Nicht zuletzt deshalb gilt der Sozialismus heute vielen

¹ Thomas Mayer: *Ist die Europäische Union auf dem Weg in den bürokratischen Sozialismus?*, Kommentar beim Flossbach von Storch Research Institute vom 03.03.2023.

als Inbegriff eines usurpatorischen Staates und als aktuelle Bedrohung. Ich halte das aus vielerlei Gründen für publizistisch vielleicht wirksam, in der Sache indes nicht für aufschlussreich genug. Ein diktatorisches Regime auf der staatsideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus, ein sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaat mit Zentralverwaltungswirtschaft steht nicht zur Debatte. Europa mag an der EU-Überregulierung leiden. Die Klimapolitik ist dirigistisch und mutet manchem vielfach absurd an, aber sie erfolgt trotz staatlich vorgegebener Umsetzung bisher nicht durch Staatsbetriebe, nicht im Detail geplant und gelenkt von einem Politbüro, von einer staatlichen Planungskommission, gestützt auf Bilanz-Pyramiden.

Die Überprüfung von Schlagworten und den dahinterstehenden Modellen bedarf einer sorgfältigen Untersuchung. Interessant ist für mich nachfolgend nicht die politische Meinung, schon gar nicht die politische Haltung. Interessant und untersuchenswert erscheint mir vielmehr, ob es in einer ordnungspolitischen, in einer systemischen Perspektive Muster gibt, die den Faschismus in seiner Zeit kennzeichneten und uns heute in verwandter, gewandelter Form wieder begegnen können. Der Schwerpunkt der Untersuchung wird nachfolgend auf der Wirtschaft der 1920er und 1930er Jahre liegen. Dazu nehme ich eine politikökonomische Perspektive ein und versuche, Merkmale und Muster aufzuzeigen.

Eine Frage wird lauten, wann und wie der Staat usurpiert wird und mit seinen Gliedern zu einem Instrument von Gruppeninteressen wird, die von den Bürgern nicht oder in nicht hinreichendem Maße legitimiert wurden und die permanent gegen elementare Rechte verstoßen. Wie entwickelte sich diese Transformation der Wirtschaft? Was zeichnet einen Wirtschaftsfaschismus aus?

Staat versus Bürger

Wann wird der Staat zu einer dunklen Bedrohung? Latente legalistisch abgesicherte Bedrohung statt rechtsstaatlichem Schutz? Bestimmen der Lebensweise statt freier Wahl und Entscheidung? Zulassen von Meinungen, die erwünscht sind? Wohlstandsverlust und kein eigener Vermögensaufbau dafür Umverteilung und Zuteilung? Kontrolle wesentlicher Alltagsaktivitäten, darunter Banktransaktionen, Energieverbrauch, Mobilität? Kulturelle Verhaltensweisen vom Sprachgebrauch über Grüßen im öffentlichen Raum, Kleidung, Geschmack und Ernährung bis zu Wertevorgaben, ein politisch-öffentlicher statt privatem Lebensstil?

Wir leben erklärtermaßen in einer Zeitenwende. Ein Systemwechsel hat bereits stattgefunden, ohne dass ein neuer, dauerhafter Zustand erreicht ist.¹ Krisen folgen auf Krisen. Und der Staat, wohin entwickelt sich der? Wer bildet den Staat und gibt die Richtung des Staatshandelns vor? Angesichts des Wandels ließe sich sogar fragen: Wer ist der Staat und wer sind die tonangebenden, herrschenden Eliten?

Infrastruktur. Inflation. Energie. Verschuldung. Einschränkung der Grundrechte und Corona-Politik. Staatlicher Rundfunk. Bildungsmisere. Massenmigration und Brain Drain. Wenn das jeweils die Lösung war, möchte ich jedes Problem zurück, könnte mancher Beobachter der letzten Jahre und Jahrzehnte bemerken. Namhafte Ökonomen taten das bereits vor rund 20 Jahren, darunter Horst Siebert und Hans-Werner Sinn.²

¹ Siehe dazu ausführlicher den Abschnitt «Systemwechsel – die post-neoliberale Zeit».

² Horst Siebert: *Jenseits des sozialen Marktes. Eine notwendige Neuorientierung der deutschen Politik*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005. Hans Werner Sinn: *Ist Deutschland noch zu retten?*, Econ Verlag, München 2003.

Aus liberaler, Status-quo-skeptischer Perspektive gilt: Wir leben in einer Zeit des Etatismus. Staatsquote, Beschäftigte im Staatsdienst, Regulierung, Paternalismus, Industriepolitik, Energiepolitik, Krisenpolitik, Erwartungen und Präferenzen der Bürger sind Indikatoren, die darauf hinweisen. Walter Euckens konstituierende Prinzipien sind nicht mehr intakt. Dahrendorfs Krisen der Demokratie sind in der Tagespolitik angekommen.¹

Um Einsichten zu gewinnen lohnt es sich, Bürokratismus² und Etatismus in den Blick zu nehmen. Zugleich erscheint es bildend, eine andere Form des extremen Etatismus zu betrachten: Wer von Sozialismus spricht, sollte vom Faschismus nicht schweigen. Nachfolgend wird das der italienische Faschismus und detaillierter der deutsche Nationalsozialismus sein, welcher publizistisch auch als Faschismus bezeichnet wird.

Extreme analysieren

Extreme bieten immer wieder besonders eindringliches Anschauungsmaterial. Der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus können in der Perspektive des extremen Etatismus als abschreckendes Beispiel für einen pervertierten Staat dienen. Besondere Aufmerksamkeit gilt nachfolgend den umfangreichen Tätigkeiten, die unternommen wurden, um die Wirtschaft in den Dienst der herrschenden Ideologie und der neuen Machthaber zu stellen. Das gilt schon deshalb, weil «die» Wirtschaft und «die» Bevölkerung unauflösbar mit einander verbunden sind und die Menschen wirtschaftliche Veränderungen

¹ Ralf Dahrendorf: *Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito*, C. H. Beck Verlag, München 2002.

² Siehe dazu mein Working Paper: *Die dunkle Bedrohung: Verstaatlichung durch schleichende Bürokratisierung*, Forum Freie Gesellschaft, September 2015, Link #1, und den letzten Teil dieser Schrift.

durchschlagend in ihrem Lebensalltag spüren. Die Geschichte bietet viele Lehren, für häufig leider unaufmerksame Schüler. Wer das Beispiel des Wirtschaftssystems der Nationalsozialisten bereits in der Friedenszeit betrachtet, der erkennt

- ❑ eine zunehmend extreme Form einer etatistischen Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft,
- ❑ eine permanente Krisenpolitik, die selbst geschaffene Krisen bekämpfen muss, aber dazu beiträgt, dass sich die Lage zusehends verschärft, und
- ❑ das Ziel der Neuordnung Europas als machtpolitischer Block unter deutscher Herrschaft.

Untersuchungsleitend sind nachfolgend Fragen wie:

- ❑ Wer sorgt für die Koordination wirtschaftlicher Tätigkeiten?
- ❑ Wer entscheidet über die Verwendung von knappen Ressourcen?
- ❑ Welche Vorstellungen über Wirtschaft und Gesellschaft prägten die Akteure?
- ❑ Welche Folgen hatte die Wirtschafts- und Geldpolitik für die Bürger?

Dazu werden in zwei Fallstudien Italien und das Deutsche Reich betrachtet.

Den abschließenden Teil des Buches bildet eine Betrachtung der Bürokratie respektive des Bürokratismus als potenzielle Bedrohung und als relevanten Erklärungsansatz für das Feststecken in der Zeitenwende. Die Anwendung der Bürokratietheorie verspricht Einsichten in die aktuelle Misere und was geschehen muss, um diese zu überwinden. Auffällig sind Muster, die manchen Erscheinungen in den Fallstudien ähneln.

Das Ergebnis ist ein wissenschaftlich gestützter Essay, eine publizistische Exploration im Sinne einer anschauenden Erwachsenenbildung.

Antworten sind stets abhängig vom Standpunkt und damit von der Perspektive. Sie lassen sich anhand von Kriterien nachvollziehen. Nachfolgend wird der Standpunkt der Liberalen sein. Die Perspektive ist die der Freiheit, der offenen Gesellschaft und der Marktwirtschaft.

Disclaimer

Bei Texten über den Nationalsozialismus lohnt sich ein Disclaimer. Das Interesse an Erkenntnissen und neuen Einsichten ist handlungsleitend. Das gilt besonders in dem Fall eines Perspektivwechsels, weg von dominierenden Ansichten.

Es geht nicht um Gleichsetzen, sondern um Vergleichen. Ähnlichkeiten und Unterschiede ermöglichen neue Erkenntnisse und ermöglichen neue Bewertungen. Stets gilt: Bereits eine alternative Sichtweise erweitert das Verständnis des Bestehenden.

Gerade in einer Zeit der Schlagworte, des Moralismus und der damit mangelnden und verringerten Einsichten, lohnt ein solches Unterfangen.

Vor diesem Hintergrund sollte man die Untersuchung nicht oberflächlich wahrnehmen und politisieren, sondern auf andere, neue Einsichten für sich selbst hoffen und – mit Walter Eucken – das Wollen des Autors erkennen.

Jeder Leser kann sich während und nach der Lektüre ein Urteil bilden, inwieweit in einer Ordnungs- und Systemperspektive die Ereignisse in den 1930er Jahren in Italien und Deutschland hilfreiche Erkenntnisse bieten, um die Welt besser zu verstehen, nicht zuletzt heute.

Affirmative Action

Nach dem Disclaimer folgt hier eine Bekräftigung des Vorhabens. Den Staat mit extremen Ausprägungen haben viele kluge Autoren analysiert und vor verderbenbringenden Entwicklungen gewarnt.

- ☐ Von Wilhelm von Humboldt sind «Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen» (posthum 1851) erhalten.
- ☐ Ludwig von Mises veröffentlichte bei Yale University Press 1944 das Buch «Omnipotent Government. The Rise of the Total State and Total War».
- ☐ Friedrich August von Hayek veröffentlichte bei Routledge Press und University of Chicago im selben Jahr «The Road to Serfdom», das er den Sozialisten in allen Parteien widmete.
- ☐ Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Ludwig Erhard, selbst Konrad Adenauer warnten in den 1950er Jahren vor dem Wohlfahrtsstaat und der – mit den Worten Röpkes – damit einhergehenden «Verhausschweinung» der Bürger durch «komfortable Stallfütterung».
- ☐ Felix Somary analysierte in «Krise und Zukunft der Demokratie» (Erstauflage 1952) strukturelle Probleme des politischen Systems. Während Ralf Dahrendorf nicht nur die angesprochenen «Krisen der Demokratie» analysierte, sondern auch auf der «Suche nach einer neuen Ordnung» (Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert, C. H. Beck, München 2007) war.
- ☐ Roland Baader hat in «totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören» (Resch Verlag, Gräfelfing 2002) geistige Fehlleistungen seziert, die unsere Gesellschaft zersetzen.

In den letzten zwanzig Jahren sind zahlreiche Schriften im deutschsprachigen Raum hinzugekommen, die nur einen

Bruchteil der fundiert staatskritischen und freiheitsfreundlichen Literatur ausmachen.

Zudem bieten die Public Choice Schule sowie die angewandte Systemtheorie und -analyse einen Zugang, um dynamische Komplexität zu verstehen, die Wirtschaft und Gesellschaft ausmachen.

In dieser geistigen Tradition sollen die nachfolgenden Gedanken stehen.

Berlin, im Frühjahr 2024
Michael von Prollius

I. BEGRIFFSKLÄRUNGEN

Die nachstehenden Begriffsklärungen dienen dazu, einen ersten Eindruck von den eingenommenen Perspektiven zu erlangen. Sie können weder abschließend noch trennscharf sein. Ohnehin gibt es auch für historische Phänomene keine allgemein akzeptierte Definition, vielmehr eine Fülle, die je nach Standpunkt und Erkenntnisinteresse sowie Interpretation relevante Aspekte beleuchten. Das deutet darauf hin, dass eine Begriffsklärung ihren Zweck erfüllt, sobald sie auf das hinweist, was dem jeweiligen Verfasser wichtig erscheint. Unterschieden werden sollte zudem zwischen den in der Wissenschaft gebrauchten Termini und in der Öffentlichkeit verwendeten Schlagworten. Letztere können primär politischen und ideologischen Zwecken dienen. Das gilt etwa für den Begriff Antifaschismus durch linke Gruppen und die SED in der DDR.

Was ist mit Schlüsselbegriffen in diesem Buch gemeint?

Extrem, Extremismus bezeichnet einen Zustand, der am weitesten von einem als Normal angesehenen Zustand entfernt ist. – Das Bundesministerium des Innern definiert Extremismus wie folgt: «Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen, werden als Extremismus bezeichnet. Extremisten wollen die freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen und sie durch eine ihren jeweiligen Vorstellungen entsprechende Ordnung ersetzen. Häufig heißen sie Gewalt als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele gut, propagieren dieses oder setzen sie sogar ein.»¹ Als extremistische Ordnungen werden Sozialismus, Islamismus und als ideologi-

¹ BMI, Link #2.

sche Merkmale Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit genannt. Zur politisch motivierten Kriminalität gehören vor allem die Phänomenbereiche rechts, links, ausländische und religiöse Ideologie.

Etatismus bezeichnet eine ausschließlich, soweit das möglich ist, auf das Staatsinteresse eingestellte Denk- und Handlungsweise. Etatismus kann verschiedene Formen annehmen, vom Maximum einer allumfassenden Planwirtschaft bis hin zur staatlichen Kontrolle und Lenkung als bedeutend erachteter Wirtschaftszweige. Etatismus liegt die Annahme zugrunde, ökonomische, soziale oder ökologische Probleme könnten primär, allein und am besten durch staatliches Handeln gelöst werden. Der Begriff entstand um 1880 in Frankreich. Die französische etatistische Wirtschafts- und insbesondere Industriepolitik wird als Planification bezeichnet. – Mit Etatismus verbunden sind Zentralismus und der Primat des Politischen, nicht nur in wirtschaftlichen Belangen, sondern auch weit in die Privatsphäre hineinreichend, etwa Meinungen und Vorgaben über die richtige Lebensweise. Etatismus kann als Hinweis eines auf sich selbst bezogenen Systems zu Lasten anderer verstanden werden.

Sozialismus bezeichnet eine politische Ideologie mit verschiedenen Ausprägungen, die nachfolgend als anti-kapitalistisch, anti-liberal, anti-demokratisch und etatistisch begriffen wird. Dementsprechend wird Sozialismus als autoritäres, zuweilen totalitäres System verstanden, mit der Herrschaft einer kleinen Gruppe in einem tiefen Staat, in der Regel basierend auf einer Partei. Die propagierte Gleichheit des Besitzes ist irreführend. Fundament ist die Aufhebung des Privateigentums an dessen Stelle das

Kollektiveigentum tritt über das die herrschende Gruppe verfügt. Die herrschende Elite entscheidet über den Einsatz und die Verteilung von relevanten Ressourcen und Produkten sowie über den Lebensweg von Individuen, z. B. wer studieren darf. Im Sozialismus tritt der Einzelne hinter dem Kollektiv zurück, das der propagierte Maßstab sein soll, während die Bonzen am meisten profitieren.¹

Faschismus bezeichnet eine autoritäre, nationalistische Form der Staatsführung sowie dementsprechende politische Bewegungen verschiedener Ausprägungen, die nach dem Führerprinzip organisiert sowie anti-kapitalistisch, anti-liberal, anti-demokratisch und anti-konservativ ausgerichtet sind. Dabei mobilisieren sie Massenunterstützung für einen einigenden, übergeordneten, vermeintlich effizienten Staat mit stark hierarchischem und korporativem Gefüge basierend auf einer Partei. Die anti-sozialistische bzw. anti-marxistische Stoßrichtung wird hier in einer Ordnungsperspektive als eher nachrangig angesehen angesichts gemeinsamer autoritärer respektive totalitärer Züge. Anders als der internationalistische Sozialismus tritt der Faschismus nationalistisch und militaristisch auf, im Fall des Nationalsozialismus zudem rassistisch. Sozialismus und Faschismus sind beide kollektivistische Herrschaftsformen von Minderheiten mit Massenunterstützung.

Nationalsozialismus ist die dem Faschismus zuzuordnende radikalste Ausprägung einer rassistischen, nationalistischen, völkischen Bewegung und Partei, die durch schar-

¹ Neben dem dominierenden staatssozialistischen Verständnis gibt es andere Sozialismus-Begriffe, z. B. den anarchistischen, den anarcho-syndikalistischen und den libertären Sozialismus sowie den freiheitlichen Sozialismus nichtmarxistischer Sozialisten, die hier nicht gemeint sind.

fen Anti-Liberalismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Parlamentarismus und Anti-Pluralismus die Formierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter ihrem Führer Adolf Hitler praktizierte und mit enthemmter Gewalt im In- und Ausland nach der Weltherrschaft strebte. Dabei wurden Nationalismus und Sozialismus verbunden und nicht zuletzt aus propagandistischen Gründen eine Abgrenzung von sozialistischen und national-konservativen Parteien angestrebt. Hitler verstand darunter nicht zuletzt die Hingabe des Individuums an die Volksgemeinschaft, deren Verantwortung für das Individuum er als Sozialismus bezeichnete.

Ordnung der Wirtschaft u. Wirtschaftsordnung: Eine Wirtschaftsordnung ist ein Geflecht genereller, expliziter und impliziter Funktions- und Verhaltensregeln, die das ökonomische Handeln der Akteure koordiniert und als ein Gerüst des Wirtschaftssystems begriffen werden kann. Die Wirtschaftsordnung entsteht aus dem Zusammenwirken der rechtlich fixierten Wirtschaftsverfassung, der gewachsenen kulturellen und sittlich-moralischen Werte und Regeln sowie der realisierten Wirtschaftspolitik.

Die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt unser Leben. Sie ist von so großer Bedeutung, weil sie darüber entscheidet, wie die Lenkung der Wirtschaft und damit die Verteilung von Ressourcen und Wissen erfolgt. Grundsätzlich gibt es nur zwei Lösungen: zentral durch eine Behörde oder dezentral durch die Menschen auf Märkten. Praktisch treten diverse Mischformen auf. Mit Walter Eucken (Grundsätze der Wirtschaftspolitik) laufen alle wirtschaftspolitischen Fragen auf die Frage nach der Ordnung der Wirtschaft hinaus und ergeben nur in diesem Rahmen Sinn.

Ordnungspolitik bezeichnet all jene staatlichen Maßnahmen, die auf die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft einwirken – also auf Regeln und Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens. Ordnungspolitik verändert die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und des Lebens insgesamt. Das liegt daran, dass Ordnungspolitik Anreize für Menschen setzt, Dinge zu tun oder zu lassen. Ordnungspolitik war über Jahrzehnte eine prägende ökonomische und politische Denkweise in der Bundesrepublik Deutschland und ist heute gleichermaßen vergessen wie einem ordnungslosen – vermeintlich technokratischen – Interventionismus gewichen.¹ Zu den herausragenden Rahmenbedingungen einer freien Ordnung gehören:

- ❑ die Unantastbarkeit von Leib, Leben und Privateigentum,
- ❑ die Freiheit des Individuums von Bevormundung und von Zwang anderer,
- ❑ die Selbstbestimmung sowie der Zusammenhang des Handelns mit dem Haften,
- ❑ die Herrschaft des Rechts in Form allgemeiner und damit für alle Menschen gleich geltender Regeln,
- ❑ eine wertbeständige Währung,
- ❑ Meinungs- und Vertragsfreiheit,
- ❑ ein funktionierendes Preissystem und
- ❑ offene Märkte.

Wirtschaftssystem ist die Bezeichnung für ein soziales System (Systemtheorie, ganzheitliche Perspektive), das hinsichtlich ökonomischer Belange betrachtet wird, wobei

¹ Als medial bekanntes Beispiel mag die Ökonomin Mariana Mazzucato dienen, von der der aktuelle Wirtschaftsminister Robert Habeck sehr angehtan ist, eine bekennende Etatistin. In Deutschland setzte die Abkehr bereits mit dem Stabilitätsgesetz von 1967 ein.

vielfach politische Aspekte damit untrennbar verbunden sind (Politische Ökonomie). Als ein Geflecht von Beziehungen zwischen Akteuren, Gütern und Dienstleistungen zeichnet sich das Wirtschaftssystem durch eine permanente Veränderung und Entwicklung aus, die zu mehr dynamischer Komplexität führt. Fortschritt entsteht durch Problemlösung, Sklerose durch deren Ignorieren und durch dysfunktionale Interventionen. Im Mittelpunkt des Wirtschaftssystems steht die Koordination einer unüberschaubaren Vielzahl von Aktivitäten. Für deren Systematisierung lässt sich die Wirtschaftsordnung, auch Wirtschaftsorganisation, betrachten. In Theorie und Praxis werden mindestens drei unterschiedliche Wirtschaftssysteme unterschieden: die Marktwirtschaft, die Planwirtschaft und das «Mischsystem» als dritter Weg.

- ☒ In einer **Marktwirtschaft** entstehen durch Eigentum, Preise und Gewinn/Verlust sowohl Informationen als auch Anreize und Innovationen. Die Koordination erfolgt dezentral gleichsam durch unsichtbare Hände. Die Prioritäten setzen die Wirtschaftsteilnehmer selbst.
- ☒ In einer **Planwirtschaft**, welche auch als Zentralverwaltungswirtschaft bezeichnet wird, gibt es staatliche Behörden, die versuchen, die Koordination (fast) aller Wirtschaftsaktivitäten zu planen und anzuweisen sowie Abweichungen durch Kontrollen, Plananpassungen und Steuerungsanweisungen zu organisieren. Die Prioritäten setzen die Behörden.
- ☒ Das **Mischsystem** verbindet Elemente beider Systeme in unterschiedlicher Ausprägung. Das Mischsystem wird auch als *Interventionismus* bezeichnet, weil die freie Koordination der Wirtschaftsaktivitäten durch Eingriffe von Behörden verändert wird – *ex ante* und *ex post* durch Regulierung, Zertifizierung, Preisfixierungen usw.

In einer *faschistischen* Wirtschaft ist ein steuernder Regierungseinfluss wirksam, der über Regulierung hinausreicht und sowohl Investitionen als auch Branchen beeinflusst bzw. kontrolliert. Anders als in einer Planwirtschaft wird die Wirtschaft indes organisiert und nicht planmäßig kleinteilig angewiesen. Vielmehr werden Gewerkschaften zerschlagen und inkorporiert, Großunternehmen protegiert, deren Gewinnaussichten erhalten bleiben, während Verluste sozialisiert werden. Die faschistische Wirtschaft ist anti-marktwirtschaftlich und anti-freihändlerisch, nationalistisch mit Autarkie-Bestrebungen als Teil eines Nullsummenspiels und einer Versorgungswirtschaft zu Staatszwecken, nutzt aber Gewinnstreben und unternehmerische Tätigkeiten für Koordinationszwecke. In den 1920er und 1930er Jahren war die faschistische Wirtschaft in Europa ein verbreitetes und leider auch in den USA geschätztes Wirtschaftssystem. Das ähnelt der Haltung gegenüber autoritären Wirtschaftspraktiken insbesondere Chinas im 21. Jahrhundert.

Ein Teilaspekt ist der **autoritäre Korporatismus**, bei dem in die Entscheidungen der Staatsführung und in die praktische Realisierung der Politik gesellschaftliche und ökonomische Gruppen mitunter als Zwangsverbände inkorporiert werden. Probleme sollen durch (politische) Verhandlungen und Vereinbarungen dieser kollektiven Korporationen gelöst werden – anders als der Wettbewerb in einer Marktwirtschaft. Vielfach müssen Vorstellungen und Anweisungen der obersten Führung realisiert werden.

Geplanter Kapitalismus und **Industriepolitik** sind Bezeichnungen, die heute einen korporatistischen Ansatz beinhalten.¹

¹ Thomas J. DiLorenzo: *Economic Fascism. Planned Capitalism Lives On*, Foundation for Economic Education online, Wednesday, June 1, 1994. Link #3.

Bürokratie und Bürokratismus: Bürokratie bedeutet im Wortsinn Herrschaft des Büros. Hierarchische, systematische Anordnungen sollen als Verhaltensregeln im Umgang mit Sachverhalten dienen. Bürokratie ist eine auf das Erlassen und Einhalten von Regeln zur Standardisierung von Verhalten gegründete Arbeitsweise. Als Bürokratismus wird eine drastische Ausprägung bezeichnet, bei der Vorschriften über den Menschen gestellt werden, diese als Selbstzweck existieren und undifferenziert angewandt werden – in extremer Form als «Banalität des Bösen» (Hannah Arendt). Bürokratisierung bezeichnet die immanente und nicht notwendige Ausdehnung des Büros mit seinen Vorschriften auf zuvor bürokratiefreie Bereiche, was als destruktiv wahrgenommen wird. Bürokratismus hat wie alle Bürokratie-Begriffe einen negativen Unterton, weil damit lästige, überflüssige und unnötig aufwändige Tätigkeiten assoziiert werden und außerdem das Leben behindernde Verwaltungsmitarbeiter. Bürokratie gilt als staatlich, existiert aber auch in Unternehmen und Stiftungen.

II. SYSTEMWECHSEL: LEBEN IN DER POST-NEOLIBERALEN ZEIT

Zuweilen ist die Bezeichnung für ein politisch-ökonomisches System nur ein Etikett.¹ Etikettenschwindel ist ein bekanntes Phänomen. Neoliberalismus ist ein Etikett. Als Kampfbegriff dient es aus etatistischer, zumal politisch linker, sozialdemokratischer oder sozialistischer Perspektive dazu, für einige Gruppen unliebsame unternehmerische und marktwirtschaftliche Entwicklungen zu brandmarken. Armut, Ungleichheit, Umweltverschmutzung, Unterdrückung, Finanzialisierung und sogar Klimawandel dürften sich demnach beseitigen lassen, sobald das vermeintliche Übel besiegt wurde: der Neoliberalismus.

Zunächst ist unklar, was mit dem Begriff eigentlich gemeint ist. Das, was seine Gründerväter darunter verstanden, beginnend mit der Kritik am Wirtschaftsstaat durch Alexander Rüstow und Walter Eucken 1932, vermutlich nicht. Missstände eines Privilegiensystems, das gerade wegen der Privilegien Verlierer produziert – vielleicht. Allerdings hatten das die Neoliberalen selbst ebenfalls scharf kritisiert. Alexander Rüstow formulierte es wie folgt: «Wir Neoliberalen fordern aus wohlerwogenen wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Gründen die Marktwirtschaft einer freien Leistungskonkurrenz zwischen den Betrieben als diejenige Wirtschaftsform, die sich in Theorie und Praxis als die weitaus produktivste von allen erwiesen hat, und zugleich als die einzige, die mit freiheitlich demokratischer Staats- und Gesellschaftsverfassung vereinbar ist.»²

¹ Grundlage dieses Abschnitts bildet mein umfassenderes LI-Paper: *Systemwechsel: vom dritten Weg zum ersten, besten Weg*, Februar 2022. Link #4.

² Alexander Rüstow: *Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus*, in: *Wirtschaft ohne Wunder*, hrsg. von Albert Hunold, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich 1953, 97-108; hier: 102f.

Freundlich formuliert handelt es sich bei der Ablehnung des Neoliberalismus lediglich um eine Höflichkeitsgeste in einschlägigen Kreisen. Die Frontstellung gegen den Begriff Neoliberalismus verdeckt die tatsächliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und die echten Übelstände. Das erschwert sogar das Verfolgen ähnlicher Ziele von Linken und Liberalen, etwa das Streben danach, dass es allen Menschen gut gehen soll.

Bezeichnungen können mindestens zwei Dimensionen besitzen: eine realpolitische, die zu benennen versucht, was ist, und eine konstruktivistische, die eine Bewertung zum Ausdruck bringt, was mehr oder minder sein soll.

Zwar handelt es sich – bei aller berechtigten Sorge bezüglich der zuvor genannten Probleme – durchweg um Etikettenschwindel. Mindestens so treffend wie den Neoliberalismus ließe sich der Neosozialismus verantwortlich machen. Ein Fingerzeig: Staatsquote, Staatseigentum, überbordende Regulierung und zunehmende Industriepolitik. Zugleich drängt sich eine bedeutende Frage auf: In welchem politisch-ökonomischen System leben wir? Eng damit verbunden ist eine weitere Frage: Haben wir den Übergang von einer Ordnung der Wirtschaft und des Staates in eine andere erlebt?

Neoliberale soziale Marktwirtschaft

Die gängige Bezeichnung für die Ordnung der Wirtschaft lautet in Deutschland noch immer «Soziale Marktwirtschaft». Allerdings haben das Wirtschaftssystem heute und die seit vielen Jahren praktizierte Wirtschaftspolitik nichts mit dem zu tun, wofür die neoliberalen Gründerväter Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Ludwig Erhard, Walter Eucken, Franz Böhm und mit Abstrichen Alfred Müller-Armack eintraten. Sie waren dezidierte Kritiker des

Wohlfahrtsstaates. 1958 schrieb der Bundeswirtschaftsminister mit der Zigarre in «Die Zeit»: «Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte ›Wohlfahrtsstaat‹, der die menschliche Verantwortung erschlaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.» Wilhelm Röpke wurde noch deutlicher und kritisierte den Wohlfahrtsstaat als eine «komfortable Stallfütterung» und ein «Instrument der sozialen Revolution», der die Menschen zu Haustieren degradiere und entmündige. Für Alexander Rüstow, den Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, war der Wohlfahrtsstaat ein «Versorgungsstaat, und diese Bedeutung ist das Entgegengesetzte dessen, was Wohlfahrt wirklich bedeutet.» Erwähnt sei auch Franz Böhm, der weitsichtig vor einer «Refeudalisierung der Gesellschaft» durch den Druck privilegierter Sonderinteressen warnte. Dementsprechend sterbe die Freiheit sanft und sukzessive im Namen umverteilender Gerechtigkeit.¹

Der Wohlfahrtsstaat war ein wohlüberlegtes Ziel ihrer fundamentalen Kritik. Die Transferpolitik bildete dabei lediglich eine, wenn auch gesellschaftlich und sozial wichtige Komponente. Den Neoliberalen ging es um mehr, um eine systemische Frage. Sie lehnten die uferlosen Eingriffe von Politikern und Bürokraten in die Lebensgestaltung der Bürger als Konsumenten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, als Unternehmer und als Wähler ab. Im Systemwettbewerb erkannten sie die langfristige Gefährdung von Marktwirtschaft und offener Gesellschaft und deren Kippen in autoritäre Formen. Alexander Rüstow konstatierte vor 70 Jahren weitsichtig: «Der Zentralismus als gerade entgegengesetztes Prinzip, wo die oberste Stelle, eben die Zentrale, immer so viel wie nur möglich an sich reißt und den unte-

¹ Diese Zitate sind belegt in meinem Buch: *Attack Titans. Mut zur Freiheit*, Norderstedt 2023, 232f.

ren Instanzen mit Bedauern nur das Minimum dessen überlässt, was die Zentrale schlechterdings nicht selbst bewältigen kann, führt konsequenterweise zur totalitären Diktatur, was aber viele Gegner des Totalitarismus immer noch nicht begriffen zu haben scheinen.»¹

Die neoliberale soziale Marktwirtschaft endete spätestens mit dem Wechsel zur sogenannten «aufgeklärten Marktwirtschaft» unter Karl Schiller. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 zog der Staat offiziell die Verantwortung für die Wirtschaft an sich und etablierte endgültig das Mischsystem einer staatlich überformten Wirtschaft. Staatsquote, Staatsverschuldung, Ausmaß der Regulierung, Steuer- und Abgabenlast, politische Vorgaben für Unternehmen und Bürger vom Arbeitsmarkt, über das Bankwesen bis zum Vererben haben nichts mit Neoliberalismus zu tun. Ohnehin war bereits die ordoliberalen Phase der sozialen Marktwirtschaft in vielerlei Hinsicht mehr Marketing als Prinzipientreue.²

Über Strukturreformen insbesondere der staatlichen sozialen Sicherungssysteme wurde seit den frühen 1980er Jahren diskutiert. Die Diskussion endete abrupt mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise 2007/08. Nach der Wiedervereinigung hat allein Bundeskanzler Schröder eine ordnungspolitisch relevante Reform vorzuweisen. Unter Bundeskanzlerin Merkel wurde das Vordringen eines überbordenden Konsumenten-Paternalismus und der Aufbau eines Nanny-States vielfach beklagt. Flankierend folgten weitere beträchtliche etatistische Schübe, darunter

¹ Alexander Rüstow: *Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus*, in: *Wirtschaft ohne Wunder*, hrsg. von Albert Hunold, Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich 1953, 97-108; hier: 105f.
² Michael von Prollius: *Mehr Marketing als Prinzipientreue. Die Soziale Marktwirtschaft entsprach weder Erhards Intention noch neoliberalen Prinzipien*, List Forum 47 (2021), 61-72.

- ❑ der Finanzkrisen-Etatismus mit einer Sozialisierung der Schulden und Privatisierung der Gewinne bei außer Kraft gesetzter Einheit von Handeln und Haften,
- ❑ der staatlich dirigierte Umbau der Energiewirtschaft mit massiven Umverteilungen durch Subventionen und den höchsten Strompreisen weltweit,
- ❑ der Corona-Etatismus mit den tiefsten Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg angesichts derer das weitgehende Außerkraftsetzen von Insolvenzen beinahe als Marginalie erscheint.

Industriepolitik galt in der Bonner Republik als eine unterlegene Komponente des französischen Etatismus (Stichwort: *Planification*, Ludwig Erhard).¹ Inzwischen ist Industriepolitik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene längst etabliert. Während das Geldsystem von Italien übernommen wurde (Stichwort: *Liraisierung*, Thomas Mayer), scheint das französische Modell des Wirtschaftssystems zum Vorbild erkoren worden zu sein.² Heute kennzeichnen Interventionismus und Dirigismus in Deutschland und Europa die politisch überformte Wirtschaft.

Tabubrücke in der Geldpolitik

Das «Whatever it takes» (in etwa: was auch immer nötig ist) des damaligen EZB-Chefs Draghi am 26. Juli 2012 war und ist ein Wegweiser, nämlich jedwede geldpolitische Maßnahme zur Erhaltung des Euro-Systems zu ergreifen inkl. einer

¹ Ludwig Erhard: *Planification – kein Modell für Europa*. Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20. 11. 1962, in: ders.: *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*, ausgewählt und herausgegeben von Karl Hohmann, Econ Verlag, Düsseldorf u. a. 1988, 770-780.

² Norbert Berthold: *Standortwettbewerb statt Industriepolitik. Schuldenfinanzierte Industriestrategie führt auf Abwege*, in: *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal* am 07. 11. 2023. Link #5, und Henning Klodt: *Strategische Industriepolitik. Mit Schwung ins technologische Abseits*, in: ebenda am 17. 11. 2023. Link #6.

Bazooka.¹ Das, was früher ein geldpolitisches Tabu war, ist heute alltägliche Praxis. So betreibt die EZB offen Staatsfinanzierung, Unternehmensfinanzierung und Wirtschaftspolitik, darunter seit Juli 2021 Klimapolitik, u. a. durch die Offenlegung, die Risikobewertung und Entscheidung über Sicherheiten und Ankäufe von Vermögenswerten.

Als ein Meilenstein geänderter Systemlogik kann die Entscheidung der amerikanischen Zentralbank Fed gesehen werden, keine Krisenbereinigung nach der geplatzte Dotcom-Blase 2000 zuzulassen. Stattdessen sollten zunächst Zinssenkungen die Bereinigung abmildern und einen neuen raschen Aufschwung ankurbeln. Nach der dadurch verursachten – multifaktoriellen – größten Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg und der sich anschließenden Großen Rezession wurden Null- und Negativzinsen realisiert und zusammen mit der digitalen Notenpresse eine große Umverteilung forciert. Der Cantillon-Effekt gehört dazu, also die ungleichmäßige Verteilung der erhöhten Geldmenge zugunsten der privilegierten, wohlhabenden Erstverwender und zulasten der Konsumenten und relativ ärmsten Bürger. Nach der Vermögenspreisinflation wurden Geldentwertung und Teuerung auch in der Konsumentenpreisinflation offiziell sichtbar, in Rekordhöhe. Entscheidungen haben Konsequenzen.

Die vermeintlich neutralen Technokraten in den Zentralbanken sind längst Akteure einer Interessenpolitik, die nicht nur bewährte Geschäftsmodelle von Geschäftsbanken und Lebensversicherern beendet haben, sondern in ihrem Wesen zutiefst antisozial ist. Wer als Beleg eine Studie

¹ Nach der Panzerabwehrwaffe – oder dem Musikinstrument? es gibt auch eine gleichnamige Kaugummi-Marke – benannte Mario Draghi als damaliger Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) 2015 seine Entscheidung eines milliardenschweren Kaufs von Staatsanleihen. Der Euro fiel wie in einen Abgrund. Angeblich eine Maßnahme zur Rettung des Euro. Wer's glaubt ...

sucht, der kann z. B. zu «Expansionary Monetary Policy Increases Inequality»¹ greifen. Auf der Grundlage umfangreicher dänischer Daten untersuchen Asger Lau Andersen et al. die Verteilungseffekte von Geldpolitik. Die größten Gewinner sind die reichsten 1 %. Zudem profitieren mittelalte und ältere Menschen anders als junge. Schließlich sorgt eine Zinssenkung von 1 % für 3,5 % mehr verfügbares Einkommen für die reichsten 1 % der Bevölkerung binnen zwei Jahren und 2 % Verlust für die Ärmsten. Indes reichen die antisozialen Folgen viel weiter, etwa wenn Menschen nicht mehr in der Lage sind, mit Sparen ihren Lebensstandard zu verbessern.

Produktivitätsproblematik

Der Etatismus geht mit einem anderen Phänomen einher: Sinkendes Produktivitätswachstum ist zu einem Merkmal der westlichen Wirtschaftsordnung geworden. Das bedeutet, Unternehmen haben die Fähigkeit und ihr Management vielfach den Anreiz verloren, die Arbeitsproduktivität hinreichend zu steigern. Die Kapitalbasis ist zu groß, unproduktives Kapital wird erhalten statt zerstört und umstrukturiert. Die Zahl der Zombies steigt und macht bereits einen zweistelligen Teil der Unternehmen aus. Das im Überfluss vorhandene Kapital wird nicht für Investitionen genutzt. Ohne Investitionen keine Innovationen. Die Arbeitsproduktivität stagniert, sinkt in einigen Branchen, ist im letzten Jahrzehnt so niedrig wie nie zuvor, und der Trend zeigt bereits seit den 1960er Jahren abwärts (Alexander Horn).²

¹ Siehe als Research Brief Asger Lau Andersen, Niels Johannesen, Mia Jørgensen, & José-Luis Peydró: *Expansionary Monetary Policy Increases Inequality*, am January 12, 2022, Research Briefs in Economic Policy No. 282 des Cato Institute.

² Siehe dazu Alexander Horn: *Zehn Jahre Industrie 4.0 und kein Produktivitäts-*

Die seit Jahren kursierenden Begriffe wie Mehltau, der sich auf Deutschland legt, Zombifizierung, Sklerose und Stagnation weisen in dieselbe Richtung: eine dauerhafte Verlangsamung des Produktivitätswachstums, des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandsentwicklung. In den USA hat Tyler Cowen mit «The Great Stagnation» (2011) frühzeitig auf das Phänomen hingewiesen und auf die amerikanische Kultur bezogen «The Complacent Class» («Die selbstgefällige Klasse», 2017) diagnostiziert. Konformismus, Sicherheitsdenken und Orientierung am Status quo, der Verlust von Risikobereitschaft und zunehmende Innovationsfeindlichkeit sowie Abwendung von der Marktwirtschaft gehören dazu.

An dieser Stelle könnten weitere Bereiche intensiv untersucht werden. Von der Bildung bis zum Gesundheitswesen. Insbesondere das Rechtswesen wäre eine Analyse wert, wird doch die Verfügung über das Privateigentum zunehmend eingeschränkt, sei es durch massive Regulierung zulasten der Vermieter, übermäßige Besteuerung von Immobilienbesitzern oder zahllose, kontraproduktive Auflagen für Neubauten. Auch die Außenpolitik mit den gescheiterten Statebuilding-Einsätzen und die veränderte Wahrnehmung der USA würden zahlreiche Hinweise auf grundlegende Veränderungen ergeben. Eine Disruption ist im Informationssystem tagtäglich zu besichtigen. Die Rolle der etablierten Medien hat sich auf vielfältige Weise verändert und mit ihr das Verhältnis der Bevölkerung zu den Medien und den Eliten. Das Internet lässt sich in seinen unwälzenden und herausfordernden Wirkungen mit dem

fortschritt, in: Novo-Argumente am 08. 10. 2021, Link #7, sowie umfassend ders.: *Die Zombiewirtschaft: Warum die Politik Innovation behindert und die Unternehmen in Deutschland zu Wohlstandsbremsen geworden sind*, Novo Verlag, Frankfurt 2020. Eine Zusammenfassung des Buches liegt bei getabstract vor. Link #37.

Buchdruck vergleichen. Zwar werden die Fähigkeiten der sogenannten Künstlichen Intelligenz medial übertrieben, bieten indes mittelfristig ein beträchtliches Potenzial für Lebensverbesserungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Post-Neoliberalismus

Für das neue Wirtschaftssystem des Westens bietet Randall G. Holcombe, Professor an der Florida State University, eine Bezeichnung an: Wir leben im «Politischen Kapitalismus», d. h. in einer politisch überformten Marktwirtschaft.¹ Dabei handelt es sich nicht einfach um eine Mischung aus Politik und Marktwirtschaft oder um einige politische Korrekturen marktwirtschaftlicher Entwicklungen, sondern um ein eigenständiges System. Tatsächlich ermöglichen die spezifischen Institutionen dieser politisierten Wirtschaft, die einem umfassenden Primat der Politik unterworfen wurde, der ökonomischen und politischen Elite eines Landes, öffentliche Politik nach ihren Interessen und zu ihrem Vorteil zu gestalten. Gewinner sind diejenigen, die politisch mitspielen können. Vetternwirtschaft oder Filzokratie ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Systems, urteilt Holcombe in seinem bei Cambridge University Press erschienen Buch.

Nach dem Ende der Sozialen Marktwirtschaft und der Preisgabe wesentlicher Prinzipien unserer Gründerväter sowie der aus der Verankerung gerissenen Geldpolitik erscheint Politischer Kapitalismus ein intellektuell zutreffender Begriff für das neue Wirtschaftssystem. Das gilt auch angesichts unaufhörlicher Forderungen nach einem

¹ Randall G. Holcombe: *Political Capitalism. How Economic and Political Power is Made and Maintained*, Cambridge University Press, Cambridge 2018. Der Begriff «politischer Kapitalismus» wurde zuvor bereits von dem Historiker Gabriel Kolko für eine aus marxistischer Perspektive durchgeführte Analyse verwendet.

«Primat der Politik». Ungeachtet der prägnanten Analyse überzeugt der amerikanische Begriff nicht vollends. Es gibt konkurrierende Begriffe.

Neo-Feudalismus

Der ursprünglich politisch linke Begriff kritisiert eine privilegierte Finanzelite. In diesem Punkt ist der Begriff auch für Liberale anschlussfähig, die massiv das pervertierte Finanzsystem kritisiert haben. Verglichen wird der Feudalismus des Mittelalters bis zur Frühen Neuzeit mit dem Herrschaftsprivileg des Adels qua Abstammung und Berufung auf Gott mit der modernen privilegierten Finanzelite. In erweiterter Form gilt das auch für das informelle Bündnis zwischen Big Business und Big Government wie es bei der Finanz- und Staatsschuldenkrise etwa im Zuge der sogenannten Bankenrettung weithin sichtbar wurde. Zugang und Aufstieg, etwa durch Bildung, blieben demnach beschränkt, weil der Reichtum der Finanzelite eine Geburt in einer solchen Familie zur Voraussetzung haben kann. Abweichend erschiene indes ein politischer Aufstieg durch Mitgliedschaft in einer Partei und Karriere nach parteipolitischen Regeln ähnlich möglich wie eine Karriere in der Staatsbürokratie. Vergleichen ließen sich Privilegien mit denen (hochrangige) Politiker, Beamte, Angehörige staatsnaher Nichtregierungsorganisationen sich von normalen Bürgern unterscheiden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen. In monarchischen Zeiten waren Sonderstellungen dem König oder einem Regenten mit einem anderen Titel, seinem Hofstaat und seiner Verwaltung vorbehalten. Heute werden unter dem Stichwort Bad Governance Praktiken insbesondere in autoritären Staaten untersucht, deren Staatsführungen ihre Vorteile zum Nachteil der Bürger organisieren.

Neo-Feudalismus ließe sich als Begriff und als analytischer Zugang zu den Ordnungsfragen unserer Zeit im Einklang mit der Analyse von Holcombe verwenden. Elitenkritik, massive Ansehensverluste der Politiker, Herausforderung des Establishments durch sogenannte Populisten, aber auch der Verfall staatlicher Verantwortungsbereiche wie Bildung und Infrastruktur für die Masse der Bevölkerung wären dementsprechend Symptome eines Systemwechsels. Zugleich wirkt der Begriff unzeitgemäß.

Es lohnt sich, der Thematik noch einmal systematisch auf den Grund zu gehen. Zwar sind die Lehrstühle für Ordnungspolitik verschwunden und Ordnungspolitik ist seit Jahren «out». Doch die Realität beugt sich dem nicht. Ordnungsfragen sind aktuell wie lange nicht. Historische Beispiele bieten zeitlose Einsichten. Den Erkenntnisgewinn muss in jedem Fall der Leser selbst beurteilen.

III. FALLSTUDIE FASCHISMUS

Der extreme Etatismus lässt sich anhand konkreter Fallbeispiele analysieren. Faschismus, genauer der Präzedenzfall des italienischen Faschismus lädt zur Untersuchung ein – aufgrund des autoritären Charakters, eines zum Totalitarismus neigenden Anspruchs und dessen weitreichender Realisierung. In einer politik-ökonomischen Perspektive lässt sich dabei sowohl die Politik als auch die Wirtschaft in den Blick nehmen. Beide wurden durch die Faschisten fundamental umgestaltet. Den Schwerpunkt bildet nachfolgend die Anfangs- und Friedenszeit. Das Hauptinteresse gilt der Errichtung der faschistischen Diktatur. Wie gelang den Faschisten die Transformation? Welche Meilensteine kennzeichnen ihr Vorgehen? Wie gestalteten sie die Wirtschaft um? Stets schwingt die Frage mit, was sich davon leidvollerweise wiederholen könnte, weil es archetypisch erscheint. Die offensichtlichen Unterschiede und spezifischen historischen Umstände liegen auf der Hand.

Krise als Ursprung

Der italienische Faschismus entstand in einer Umbruchzeit. Das Regierungssystem befand sich in einer Krise. Die Eliten verfügten über keine Massenbasis. Drei Krisen kumulierten zu einer Systemkrise: die unvollendete nationale Integration Italiens ohne tragfähige Alternative, eine ungelöste politische Verfassungsbildung und eine fortwährende Industrialisierung, die von einer unbewältigten Wohlstands- und Wachstumskrise begleitet wurde.

Der Faschismus war wesentlich ein Gewalt- und Kriegspänomen, das nicht zuletzt durch Millionen heimkehrender, entwurzelter Frontsoldaten gespeist wurde. Benito Mussolini erkannte diese entwurzelten Massen als politi-